



# blickpunkt

Nr. 265  
Januar 1993

ZEITUNG DER DEUTSCHEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI MÖRFELDEN-WALLDORF

# 1993

**Höhere Preise.  
Höhere Steuern.  
Mehr Sozialabgaben.  
Demontage von  
Löhnen und  
Sozialleistungen.**

Das neue Jahr hat "gut" angefangen. Höhere Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, Personalabbau, Entlassungen wurden begleitet von einem in der Geschichte dieses Landes nie dagewesenen Sozialklau. In der gleichen Stunde, in der wir auch in Mörfelden-Walldorf die Silvester-Raketen in den Himmel jagten, begann der Großangriff vor allem auf die Geldbörsen der Normalverdiener. Steu-erhöhungen und Preissteigerungen traten in Kraft, für die kein Ausgleich in Sicht ist. Wenn wir alle geplanten und bereits beschlossenen Sozialabbaumaßnahmen aufzählen wollten, würde der "blickpunkt" nicht mehr in den Briefkastenschlitz passen.

## Beispiele:

### Mehrwertsteuererhöhung

Die Mehrwertsteuererhöhung bringt einen inflationären Schub. Wir alle werden es noch spüren.

### Höhere Bahntarife

In den alten Bundesländern steigt der Preis um 4,35%, in den neuen Ländern um 7,41%. Erheblich tiefer in die Taschen müssen Berufspendler, Lehrlinge und Schüler greifen.

### Gesundheitsvorsorge

"Die Pillen werden teurer!" Bis 7 DM Zuzahlung muß gerechnet werden.

Krankenhaus wird teurer. Statt 10 DM pro Tag 11 DM (im nächsten Jahr weitere Erhöhungen). Zahnarztkosten steigen. Manche Rechnung muß der Patient voll bezahlen.

### Milliarden aus den Taschen der sozial Benachteiligten

Die Gewerkschaften sollen sich in ihrer Tarifpolitik selbst knebeln. Damit würde die Tarifautonomie der Gewerkschaft ausgehebelt. Alle Tarifierhöhungen sollen in diesem Jahr unterhalb der Inflationsrate liegen. Das heißt: spürbare Reallohnsenkung. Trotz des Lohndumpings will die Regierung bei der beschlossenen Senkung der Unternehmenssteuern bleiben.

### Kürzung des Arbeitslosengeldes

Das Arbeitslosengeld soll von 65 auf 62% des Nettoeinkommens gesenkt werden. Die Arbeitslosenhilfe von 62 auf 59%. Die Erhöhung der Arbeitslosen-Versicherungsbeiträge wird diskutiert. Bei den Mitteln für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen soll entscheidend gekürzt werden.

### Sozialhilfe

Die Sozialhilfesätze sollen um 3% gekürzt werden.

### Bafög-Stopp

Noch in diesem Jahr sollen Studiengebühren eingeführt werden.

Die vorgesehene Bafög-Anpassung wird ausgesetzt.

### Kinder- und Erziehungsgeld

Das Kindergeld vom 2. Kind an soll gekürzt werden.

### Wohngeldkürzung

Die Wohngeldleistungen sollen um 9% reduziert werden.

### Rentenbesteuerung

Bei den Renten soll der unter Besteuerung fallende Ertragsteil von 25 auf 27% erhöht werden.

### Die Liste ist noch länger

Der allgemeine Angriff auf unsere Geldbeutel soll nach den Vorstellungen von Kohl und Waigel begleitet werden durch vielfältige andere Maßnahmen im kommunalen Bereich.

Hier ist einiges zu erwarten. Von Gebührenerhöhungen über die Kürzung von Zuschüssen bei Ent- und Versorgung, bis zur Einsparung von Lehrkräften gehen die Vorschläge.

Diese Angriffe auf den Lebensstandard von "Otto Normalverbraucher" darf man nicht einfach hinnehmen. Da es zur Bundestagswahl noch lange hin ist, müßten wenigstens die örtlichen Vertreter der CDU, die gern versuchen sich ein soziales Mäntelchen umzuhängen, am 7. März merken, daß die Schmerzgrenze erreicht ist.

Rudi Hechler

# Unter ostdeutschen Arbeitslosen wächst die soziale und psychische Not

Ein blühendes Land hatte der Kanzler den Ostdeutschen versprochen. Heute gibt es dort eine industrielle Wüste. Niemals in der jüngeren deutschen Geschichte gab es eine höhere Arbeitslosenrate als derzeit in den neuen Bundesländern. Wissenschaftliche Untersuchungen zeigen, daß die materielle und seelische Not der Betroffenen gleichermaßen wächst. "Ich gehe nicht von einer hohen Arbeitslosigkeit aus. In zwei bis drei Jahren wird es sogar einen extremen Arbeitskräftemangel geben." So beschrieb der CDU-Politiker Elmar Pieuroth im März 1990 die glänzenden Aussichten für Ostdeutschland. Zum Tag der Währungsunion versicherte der damalige Bundeswirtschaftsminister Helmut Haussmann (FDP): "Kein Mensch landet auf der Straße." Selbst die SPD-Politikerin Regine Hildebrandt, oft als Cassandra verschrien, hatte noch im Mai 1990 Schätzungen von zwei Millionen Arbeitslosen als "deutlich übertrieben" bezeichnet. So wurden Menschen getäuscht und belogen. Bei 14 Prozent liegen die aktuellen Arbeitslosenzahlen im Osten Deutschlands heute, doch sie geben nur ein geschöntes Bild wieder. Zu den 1,2 Millionen registrierten Arbeitslosen kommen 800.000 Empfän-

ger von Altersübergangsgeld, die zum größten Teil unfreiwillig aus dem Arbeitsprozeß ausgeschieden sind. Eine halbe Million Menschen sind in der Umschulung, 400.000 in ABM-Projekten, 300.000 arbeiten kurz, weitere 450.000 pendeln in den Westen. Mit anderen Worten: Für 40 Prozent der Menschen gibt es in der ehemaligen DDR keine Arbeit. Ein trauriger Spitzenplatz innerhalb der Europäischen Gemeinschaft. Millionen Ostdeutsche gehören zu den Verlierern der Einheit. Sie könnten über Jahre oder auf Dauer von Arbeit ausgegrenzt und damit ihrer persönlichen Entwicklungschancen beraubt werden. "Es besteht die Gefahr einer 'Ein-Drittel-Gesellschaft' im östlichen Teil Deutschlands", warnt der Bremer Arbeitslosenforscher Thomas Kisselbach. Weil sich die Arbeitslosenunterstützung an den niedrigen Löhnen orientiert und nicht mit den Lebenshaltungskosten steigt, werde Arbeitslosigkeit "noch viel massiver mit Armut verbunden sein" als im Westen, vermutet er. Damit wachse zugleich das gesundheitliche Risiko für die Betroffenen. Umfragen bestätigen seine Vermutungen. Bereits jeder Fünfte gab bei einer Befragung von 1200 Arbeitslosen aus Ost-Berlin und

Brandenburg im Frühjahr 1992 an, daß er sich in großen finanziellen Schwierigkeiten befände. Zugleich fand die Berliner Info GmbH heraus, daß sich die Arbeitslosen mit durchschnittlich 770 Mark Unterstützung begnügen müssen. Ihre finanzielle Situation wird sich voraussichtlich weiter verschlechtern: In den nächsten Monaten endet für viele die Bezugsdauer ihres Arbeitslosengeldes. Sie rutschen damit automatisch in die niedrigere Arbeitslosen- oder Sozialhilfe ab.

Aus: "Forum", IG Medien

## Wahlvorschlag eingereicht

Die DKP/Offene Liste hat ihren Wahlvorschlag mit den erforderlichen 90 Unterstützungsunterschriften beim Wahlleiter eingereicht. Wir danken allen Bürgerinnen und Bürgern, die uns mit ihren Unterschriften die Kandidatur bei der Kommunalwahl am 7. März 1993 ermöglichen.

## Immer mehr Arbeitslose

Jeder weiß es, auf die amtliche Arbeitslosenstatistik ist kein Verlaß. Die Zahlen sind geschönt, Hunderttausende hat man anders "verbucht", sie werden schon lange nicht mehr genannt.

Trotz dieser Maßnahmen erschrecken die Dezember-Zahlen. Über 2 Millionen im Westen, das sind 6,6%. In den neuen Bundesländern sind es 13,5% Arbeitslose, die in der offiziellen Statistik erscheinen. Gleichzeitig wächst die Kurzarbeit. Die Bundesanstalt für Arbeit erwartet für 1993 "einen weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit". Vermutlich werden in diesem neuen Jahr viele erkennen, daß der Kapitalismus wohl auch nicht die endgültige Antwort der Geschichte ist.

rh



## Gedanken zur Kommunalwahl

In unserer Stadt gibt es eigentlich schon immer eine "linke Opposition". Kommunisten gibt es hier seit dem ersten Weltkrieg.

Seit der letzten Kommunalwahl hat sich die Welt verändert. Viele Staaten, die sich "real-sozialistisch" nannten, sind verschwunden. Geblieben sind wachsende Probleme auf der ganzen Welt.

Nun fragten uns Sozialdemokratische Parlamentskollegen: "Ihr werdet doch sicher nicht kandidieren?" "Doch", sagten wir!

In unserer kleinen Welt, in der Heimatstadt, gibt es auch Probleme und da es enge Beziehungen zur großen Welt gibt, wachsen auch die kommunalen Sorgen.

Obwohl wir in eine Kommunalwahl gehen, bei der es um Personen, um ein örtliches Programm geht, ist es trotzdem für die DKP dieses Mal nicht leicht die 5%-Klausel zu überspringen. Der Zusammenbruch in Osteuropa hat auch in der kleinen Welt seine Auswirkungen. Außerdem, viele Menschen resignieren, viele sind unpolitisch, viele kennen die hiesigen Verhältnisse nicht so genau, viele gehen überhaupt nicht zur Wahl oder sie wählen wie bei der Bundestagswahl eine der großen Parteien.

Wir meinen, bei der Kommunalwahl ist vieles anders. Man kennt die Kandidaten, ihr seitheriges Auftreten, ihr örtliches Programm.

Wenn die Bürgerinnen und Bürger in Mörfelden-Walldorf dies bedenken, dann hat die "DKP-Offene Liste" auch wieder Chancen im nächsten Stadtparlament zu wirken. Linke Opposition bleibt notwendig.

### Aua

Da ist uns doch im letzten »blickpunkt« ein Ding passiert. Genau an dieser Stelle gab es ein Interview mit dem DKP-Stadtverordneten Rudi Dötsch. Ein Foto gab es auch dazu. Nur, wer da abgelichtet war, war nirgends zu finden. Also, es war der Kandidat der DKP Offenen Liste, Rudi Dötsch. Sorry!

# DKP

Offene  
Liste

... dran denken  
am 7. März 1993

## Am 7. März 1993:

# DKP

Offene  
Liste

- ... damit der "blickpunkt" weiter informieren kann
- ... damit im Stadtparlament weniger Kopfnicker sitzen
- ... damit Gebührenerhöhungen in Frage gestellt werden
- ... damit der Flughafen auf der Tagesordnung bleibt
- ... damit die Grünen nicht noch mehr durcheinander machen
- ... damit Hugo Jung (CDU) am Wahlabend alt aussieht
- ... damit die etablierten Parteien nicht unter sich bleiben
- ... damit Sozialpolitik in unserer Stadt großgeschrieben wird
- ... damit die Stelle des 3. Stadtrates abgeschafft wird
- ... damit rechten Positionen entgegengetreten wird

**Kommunalwahl 7. März 1993 - Demokratie braucht Opposition**

# Klarheit

Enttäuschung hat auch ihre gute Seite - das Ende einer Täuschung. Völlige Klarheit herrscht jetzt darüber, was im konservativ-liberalen Verständnis unter Solidarität zu verstehen ist - ein von der Obrigkeit verordnetes Bündnis der Armen zum Zwecke der Machterhaltung und Besitzstandswahrung der Reichen. Wer nach der Verkündigung der geplanten Sparvorschläge noch immer nicht begriffen hat, daß die wirklichen Grenzen in der Gesellschaft nicht zwischen Ost und West, sondern immer noch zwischen oben und unten verlaufen, wird es demnächst zu spüren bekommen. Es gibt keinen einzigen sozialen Bereich, den die Bonner Streichwut nicht ins Visier nähme. Die Palette reicht von den Zuwendungen für Arme, Alte und Kranke über das Arbeitslosengeld bis zu Kindergartenplatz, Studiengeld und Kinokarte während die dicken Gewin-

ne der Vereinigungskünstler unangetastet bleiben. Kohl und seine Helfer haben nicht nur bei der Vereinigung ihr Gespür für die Gunst der Stunde bewiesen - sie beweisen es erneut. Die erste sich bietende Gelegenheit wird genutzt, den bislang etwas aufgeschobenen Generalangriff auf die sozialen Erregenschaften zu forcieren und endlich das zu tun, was nicht möglich war solange die DDR als Experiment einer sozialen Alternative existierte. Das sorgsam gehütete Geheimnis ist gelüftet, die vorweihnachtliche Über-

raschung entpuppt sich wahrlich als schöne Bescherung. Sicher wird jetzt das Präsent noch etwas hübscher verpackt. Wer aber darauf hofft, die Sozialdemokratie werde nicht mitspielen, wird bald wissen, was verlorene Illusionen sind.



## Wo ist das Geld?

In der Haushaltsdebatte, die für die SPD im wesentlichen von Bürgermeister Brehl und Stadtkämmerer Vorndran geführt wurde, hat uns letzterer aufgefordert, mit "tatsächlichen Zahlen" zu arbeiten, wie sie von der Stadtverwaltung vorgelegt werden. Dem wollen wir im folgenden Beispiel nachgehen:

Auf Anfrage der DKP-Fraktion teilte der Magistrat mit, daß von 1989-1992 in Mörfelden-Walldorf 22 PKW-Abstellplätze abgelöst und satzungsgemäß bezahlt wurden. (Ablösung ist als Ersatzleistung für nicht nachgewiesene Parkplätze möglich - z.Zt. 3825.- DM pro Parkplatz)

In den Haushaltsplänen sind in diesem Zeitraum allerdings nur Einnahmen in Höhe von DM 45.900,- (das entspricht 12 abgelösten Parkplätzen) ausgewiesen.

Auf die Frage, wo denn die restlichen Einnahmen von DM 38.250,- DM verbucht wurden, gab es sinngemäß die Antwort, wir sollten doch der

Stadtverwaltung nichts unterstellen, das Geld wäre wohl schon irgendwo ordnungsgemäß eingegangen.

Wir wollen niemanden etwas unterstellen, aber wir wollen wissen, wo das Geld ist, das da sein sollte!

Vielleicht gibt es ja im neuen Jahr neue Erkenntnisse in dieser Sache und "tatsächliche Zahlen". GS

## "Die halbe Wahrheit ist die größte Lüge"

... sagt ein Sprichwort. 50 neue Kinderhortplätze werden durch die Aufstockung der Kindertagesstätte Okrifteleer Straße in Walldorf geschaffen.

Mit dieser Mitteilung ließ sich der Stadtkämmerer und hauptamtliche SPD-Wahlkämpfer H. J. Vorndran im vergangenen November in der Presse feiern.

Daß nach Abschluß der schon länger beschlossenen Erweiterung der Kinderhort in der Langstraße geschlossen werden soll (diese Absicht wurde von SPD und Grünen in der Debatte zum Haushalt '93 gegen die Stimmen der Opposition bekräftigt) und damit nach den Vorstellungen der derzeitigen Rathauskoalition 25 Hortplätze abgeschafft werden sollen, wird dabei geflissentlich verschwiegen. Die ganze Wahrheit paßt in diesem Fall offensichtlich nicht ins Wahlkampfkonzept der Sozialdemokraten.

Die Wählerinnen und Wähler sollten am 7. März daran denken. GS

Damit der »Lions-Kämmerer« nicht so viele Gebührenerhöhungen anzettelt ...

**DKP** Offene Liste

# Teure Frührentner

Die CDU wollte im Stadtparlament von Mörfelden-Walldorf noch in der letzten Sitzung des alten Jahres die Abwahl des dritten Hauptamtlichen unserer Stadt, des zweiten Stadtrats, betreiben. Sie wollte aber nur an der Person ihr Mütchen kühlen und nicht die Stelle abschaffen, wofür sie nicht die genügende Anzahl Stimmen erhielt. Die DKP-Fraktion, von Anfang an gegen die Einrichtung einer dritten hauptamtlichen Stelle, beantragte, diese zu streichen, da die Stelle zu Beginn der Legislaturperiode vor vier Jahren zwischen SPD und GBL geschaffen wurde, um die Koalition zustande zu bringen. Da es eine GBL nicht mehr gibt, wäre es logisch gewesen auch diese Stelle zu streichen. Auch dieser Antrag fand nicht die notwendige Mehrheit. Die drei übrigen

Parteien (SPD, CDU und Grünen) wollen auf alle Fälle dieses Amt in die nächste Legislaturperiode, d.h. über den 7. März 93 hinüberretten und damit ein Pöstchen während der dann sicherlich folgenden Koalitionsgespräche im Verhandlungskoffer zu haben. Der heutige Stadtrat wird es dann sicherlich nicht mehr sein, aber das Amt und die Person und evtl. ein Nachfolger werden die Stadt viel Geld kosten.

Wie zu erfahren war, beträgt das monatliche Bruttogehalt ca. 9.500 Mark, sodaß dieses Amt ohne Sekretärin und Bürokosten die Stadt bereits an die 500.000 DM gekostet hat. Nach einer Abwahl sind von der Stadt noch 75 % dieses Bruttogehaltes, also monatlich ca. 7.000 DM für ca. 2 Jahre (Rest der Wahlzeit) zu zahlen, ergibt ca.

200.000,- DM. Nach dieser Zeit (nach 1995) erhält der Abgewählte, dann schon 2 Jahre ohne Beschäftigung, eine Pension von der Stadt von monatlich über 3000,- Mark. So werden teure Frührentner geschaffen, für die die Stadt, also der Steuerzahler, bezahlen muß. Nach dem 7. März kann es passieren, daß die CDU, oder auch die Grünen, bei Koalitionsverhandlungen einen neuen dritten Hauptamtlichen verlangen, dann geht das Spiel von neuem los. Die DKP-Fraktion ist von Anfang an der Meinung gewesen, daß unsere Stadt keinen dritten Hauptamtlichen benötigt, wir haben in den Ämtern qualifizierte Amtsleiter. Der dem dritten Hauptamtlichen zugeschusterte Bereich kann ohne Bedenken auf die zwei Dezernate (Bürgermeister und 1. Stadtrat verteilt werden. HH

## Tod durch Erfrieren - auch bei uns möglich ?

Bei klirrender Kälte sind in den ersten beiden Nächten dieses Jahres in Frankfurt zwei obdachlose Menschen erfroren. Ein 51 Jahre alter Mann und eine 47jährige Frau hatten die kalten Nächte Anfang Januar ohne Dach über dem Kopf nicht überlebt.

Auch in unserer Gemarkung halten sich Menschen ohne festen Wohnsitz auf, die abends im Wald ihr Nachtlager aufschlagen. Auch hier kann es passieren, daß jemand - vielleicht schon gesundheitlich geschwächt - die Nacht nicht übersteht. Was kann getan werden, damit die auf der untersten Stufe der Armut angelangten wenigstens in der Nacht einen gewärmten Raum aufsuchen können? In Gesprächen mit Mitarbeitern auf dem Sozialamt, die täglich mit diesen

Menschen zu tun haben, wurde unsere Auffassung bestätigt, daß man wenigstens einen beheizten Raum anbieten müsse. Es war aber auch zu erfahren, daß die Zahl der Obdachlosen immer mehr zunimmt und daß immer jüngere Menschen in Not geraten. Die Ursachen sind nicht selten in der Reihenfolge: Verlust des Arbeitsplatzes, Scheidung und Verlust der Wohnung. Dazu kommt, daß sich die Gescheiterten und durch das sogenannte soziale Netz gefallenen, von unserer Ellenbogengesellschaft allein gelassen fühlen und ihre Sorgen oft im Alkohol ertränken.

In manchen Städten ist man bei der Betreuung dieses Personenkreises etwas weiter voran, als in der Stadt Mörfelden-Walldorf. Wir wissen, daß in Groß-Gerau eine Anlaufstelle besteht, gleiches war von Sprendlingen zu erfahren, wo eine Beratungsstelle eine warme Mahlzeit und Gelegenheit zum Duschen anbietet.

In einem Gespräch mit Bürgermei-

ster Brehl wurde vorgeschlagen, doch kurzfristig ein beheiztes Notquartier zur Verfügung zu stellen und dies dem Personenkreis bei der Geldauszahlung bekannt zu geben. Außerdem müßten bei dieser Gelegenheit auch die Adressen der in der näheren Umgebung befindlichen Notquartiere mitgeteilt werden. Eine weitere Möglichkeit wäre, wie in anderen Städten schon geschehen, das Verteilen von Spezialschlafsäcken die ein Erfrieren im Freien verhindern. Der Bürgermeister sagte zu, umgehend etwas zu unternehmen.

*Heinz Hechler, Stadtrat*

Damit es Brehl und Vorndran nicht zu wohl wird . . .

**DKP** *Offene Liste*

# 1933-1993

## Rechts schwenk marsch!

Als Hitler 1933 an die Macht kam benötigte er dazu keinen Putsch, sondern der Boden war für die braune Saat gut vorbereitet, sodaß sie keine Probleme hatte aufzugehen. Historiker bewiesen in den letzten 60 Jahren mehrmals, daß Hitler kein Betriebsunfall war. Die linken Kräfte, die Arbeiterparteien, die das 3. Reich hätten verhindern können, waren uneinig. Die Wirtschaft, das Kapital, sowie Polizei und Reichswehr standen eher rechts und erhoben keinen Einspruch als Hitler versprach, das deutsche Reich von Schmarotzern, Juden und Kommunisten zu säubern. Ehemalige Offiziere hatten es ihm 1918 schon vorgemacht, wie man mit den Funktionären der Arbeiterparteien umspringt - Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, Juden und Kommunisten, wurden ermordet. Als im Januar 1933 die braunen Kolonnen marschierten, gab es Beifall am Rande, ähnlich, wie in Rostock und Hoyerswerda.

Und trotzdem ist das Jahr 1992 nicht mit dem Jahr 1932 zu vergleichen, obwohl es einige Parallelen gibt, auf die aufmerksam gemacht werden muß. Alles was auf einen Rechtschwenk hindeutet, muß angeprangert werden, rechtsextremen und rassistischen Gedanken muß Einhalt geboten werden. Vieles aus dieser Ecke wurde jahrzehntelang in unserem Lande bagatellisiert. Die große Gefahr wurde in den Linkskräften gesehen, ja man sprach von der fünften Kollonne des Bolschewismus, wenn linke Kräfte aus den Arbeiterparteien und den Gewerkschaften mundtot gemacht werden sollten. Auch die Justiz war und ist auf dem rechten Auge blind.

Dabei fing es doch schon an, als die Bundesrepublik noch in den Kinderschuhen steckte. Unter Adenauers Ministern und Freunden (Globke, Oberländer, Kiesinger, Filbinger u.a.) und ersten Generalen und Beratern der Bundeswehr (Kesselring, Speidel, Heusinger) waren alte Nazis, die zum Teil schwere Kriegsverbrechen begangen hatten.

Und was müssen wir heute feststellen? Da gibt es immer noch für die Bundeswehr verbrecherische Nazi-Generale als "Vorbilder". Der Frankfurter Rundschau vom 14.09.92 ist zu entnehmen, daß "zahlreiche Kasernen nach schwerbelasteten Generalen der ehemaligen deutschen Wehrmacht benannt sind und daß in Traditionsstuben der Kasernen derartige Repräsentanten des Nazi-Regimes unkritisch in Ehren gehalten werden." Als Beispiel wurde der Namenspatron einer Kaserne in Füssen, Eduard Dietl genannt, den Hitler als seinen "Muster-General" bezeichnet habe. Der Füssener Bundeswehrkommandant, darauf angesprochen, meinte, Dietl sei zwar überzeugter Nazi gewesen, habe aber "Charisma" besessen und sei ein "gutes Beispiel für soldatische Tugenden."

Ferner wurde bekannt, daß in einer südwestdeutschen Garnison etliche Stuben mit der Reichskriegsflagge drapiert seien, unter der auch heute Skinheads Flüchtlingsunterkünfte attackieren. Der verantwortliche Kompaniechef habe auf Vorhaltungen geantwortet, jeder Soldat habe das

Recht, seine Stube zu "verschönern". Am 12. 11.92 meldete die gleiche Zeitung: "Offiziere des Marinefliegergeschwaders 5 in Kiel warfen nach Erkenntnissen der Marineführung in der Nacht zum 10. November eine Übungshandgranate auf das Gelände einer Unterkunft mit Asylbewerbern in Kiel."

Der langjährige Leiter des militärgeschichtlichen Forschungsamtes in Freiburg, Professor Manfred Messerschmidt, den die Frankfurter Rundschau zitiert, meinte ferner "bis heute fehle es in der Bundeswehr, mehr noch als in der übrigen Gesellschaft, an Aufarbeitung der Vergangenheit" und er erinnerte an die preußische Parole "gegen Demokraten helfen nur Soldaten", die auch nach dem Ende des wilhelminischen Reiches das deutsche Offizierskorps geprägt habe. Mit Besorgnis zitierte er auch jüngste Äußerungen aus der Gerechtigkeit "über die Notwendigkeit eines eigenen soldatischen Ethos" oder "über die Scham, im Golfkrieg nicht gegen Irak mitgekämpft zu haben". Hat das auch die SPD bei ihrer grundsätzlichen Zustimmung zu Bundeswehreinsätzen in Krisengebieten bedacht?

Immerhin wird auch in SPD-Kreisen vor Kampfeinsätzen gewarnt. Auch das Bonner Friedensbüro meinte, der Beschluß führe auf die "Rutschbahn zur Bundeswehr als Interventionsarmee."

*Heinz Hechler*



# Ich fahre bunt

"Ich fahre bunt, weil man mich in Flensburg schon kennt" ein Werbe-Argument des FVV, dem man sich manchmal nicht verschließen kann. Aber mit dem FVV ist es wie mit der DDR: Propaganda und Wirklichkeit sind bei solchen mit drei Buchstaben abgekürzten Veranstaltungen zwei völlig verschiedene Welten.

Zum Beispiel der 4. Januar 1993, 07:40 Uhr, Bahnhof Mörfelden. Laut Fahrplan sollte man um 07:43 mit der Bundesbahn nach Frankfurt fahren können. Wie ist die Lage?

Die Bahnhofshalle ist verschlossen und dunkel - beide Fahrkartenautomaten sind defekt - Die Uhr am Gleis 1 zeigt 11:22, eine andere beharrt auf 07:40 (was wahrscheinlicher ist) - Um 07:43 eine Ansage: 20 Minuten Verspätung wg. "Größerer Betriebsstörung" (Doch nicht schon wieder ein Puffer abgerostet?)

Um 07:59 Ankunft des Nah" schnell" verkehrszuges (FVV-Profis läßt das kalt: "Der is nie pinktlich!") In der Zwischenzeit durften sich die Fahr" gäste" bei 8 Grad minus im Freien den Arsch abfrieren.

Danach Ankunft im Hauptbahnhof. Man möchte ehrlich sein (man kennt ja die überall angeklebte Drohung "Vergessen gilt nicht") und versucht, wenigstens hier noch ein blaues Kärtchen für die Weiterfahrt zu kaufen. Die ersten drei Automaten sind defekt. Der vierte bittet in Leuchtschrift, passend zu zahlen. Er möchte DM 5.20 eingeworfen haben (waren das nicht vor wenigen Tagen noch DM 5.00?) Ein Heiermann und zwei Zehner verschwinden im Schlitz, es rumpelt und klappert - aber es kommt keine Fahrkarte. Weiteres Kleingeld ist (natürlich) nicht verfügbar.

Wo also ist ein freundlicher Bahnbeamter? Gibt es überhaupt noch Leute bei der Bahn? Aha, 6 Gleise weiter steht einer. Seine Auskunft ist präzise - es gibt ein Büro für Rückerstattungen ("direkt hinnerm Blummelade links.."), aber man braucht natürlich die Automatennummer. Die weiß der freundliche Bahnmann nicht, also zurück zu dem mechanischen Betrüger (dort sind mittlerweile schon wieder zwei Leute auf ihn reingefallen...).

Der Automat heißt "213" (abergläubisch..?). Im Rückerstattungsschalter ("hinnerm Blummelade...") bemühen

sich zwei Beamte, Vorurteile gegen ihre Zunft zu bestätigen. Der eine sucht umständlich etwas hinter dem Schalter, worauf der andere vor dem Schalter wartet. Die Herren unterhalten sich angeregt während der Sucherei und widmen der Schlange von 5 wartenden Bahnkunden keinerlei Aufmerksamkeit. Viel Aufwand und wenig Hoffnung also für die 5.20 Mark (das werden wir also später schriftlich nachholen - wir haben schließlich nix zu verschenken). An neues Kleingeld kommt man jetzt nur indirekt durch den Kauf einer Schachtel Zigaretten (werden auch immer teurer). Von weiteren 4 getesteten Automaten geht dann tatsächlich einer, und der Weiterfahrt mit der S-Bahn steht jetzt nichts mehr im Wege. Der Triebwagenzug ist außen mit Graffiti bedeckt ("Fahr bunt!") und innen verwüstet - kein Wunder, wenn am Personal gespart wird, wer soll dann auf den ganzen Kram aufpassen?

Und an der Decke wieder die freundliche FVV-Reklame:

"Ich fahre bunt, damit ich pünktlich im Büro bin".

Humor ist, wenn man trotzdem lacht.

Alfred J. Arndt

## "Mein Gott, das dauert!"

Seit Jahren warten die Stadtverordneten auf die Vorlage eines "Maßnahmenkatalogs für Sanierung, Umgestaltung und Renovierung des Bürgerhauses" in Mörfelden.

Der wurde vom Bürgermeister mehrfach angekündigt, um den Fraktionen (vor allem der DKP) den Wind aus den Segeln zu nehmen, wenn sie Anträge zu Mängeln im Bürgerhaus stellten.

Im Haushaltsentwurf für 1993 ist nachzulesen, daß er nun vorliegt.

Die Parlamentarier haben ihn bis heute nicht gesehen (außer vielleicht SPD und Grüne, die öfter mit dem Bürgermeister beraten) - über die Auftragsvergabe für die anscheinend nicht

mehr aufschiebbare Dachsanierung mußte letztes vorab beschlußgefaßt werden.

Auf Anfrage der DKP-Fraktion wurde die Vorlage jetzt für Januar/Februar angekündigt - ein Bericht über Möglichkeiten der Energieeinsparung (der laut Bürgermeister Brehl seit Mitte August 1992 vorliegt?) müsse noch eingearbeitet werden. Vielleicht wäre es ja möglich, den Bürgermeister von seiner Arbeit als Spitzenkandidat der SPD zu entlasten, dann könnte er zur Abwechslung auch einmal auf Antrag der Opposition gefaßte Parlamentsbeschlüsse etwas "zeitnäher" verfolgen.

Als Verwaltungschef sollten die Bürgerinnen und Bürger und das Stadtparlament das eigentlich von ihm erwarten können.

Am 7. März ist eine gute Gelegenheit, daran zu erinnern. GS

## Und tschüss ...

Im Dezember hat der Mörfelden-Walldorfer CDU-Vorsitzende Haselbach endlich den langersehnten Einzug in den Landtag geschafft.

Offensichtlich war das der Anlaß für ihn, in einem seiner (hoffentlich) letzten Auftritte im Stadtparlament noch einmal heftigst gegen die DKP-Fraktion und ihren Vorsitzenden Rudi Hechler zu polemisieren.

Der CDU-Fraktion im Hessischen Landtag können wir zu dieser "Verstärkung" nur gratulieren, was wir hiermit tun wollen. GS

# Stadtgeschichten



Das bekannte Männerquartett des Gesangsvereins "Volkschor" der Sport- und Kulturgemeinschaft Walldorf (SKG), wie es vielen Walldorfern noch in Erinnerung ist. Dieses Quartett bildete sich Anfang der 50-er Jahre und wurde auch die "Schoppesänger" genannt. Es waren sicherlich die aktivsten und besten Sänger, die zusätzliche Proben und Auftritte auf sich nahmen. Unser Bild aus dieser Zeit zeigt von links: Wilhelm Zwilling (Amme-Seppel), Franz Beutel, Jakob Klein (Schaab) und Philipp Pons (Pietz).

